

13.02.2023

## Kleine Anfrage 1357

der Abgeordneten Enxhi Seli-Zacharias AfD

### **Ministerpräsident Wüst warnt vor einer Überlastung der Kommunen. 160.000 weitere Asylbewerber und Ukraine-Flüchtlinge noch in diesem Jahr? Droht den Kommunen ein Unterbringungskollaps?**

Nachdem sich bereits der Landrat und zahlreiche Bürgermeister aus dem Main-Taunus-Kreis in Hessen mit einem Hilferuf an die Bundesregierung gewandt hatten und der bayerische Landkreistag eine spürbare Begrenzung des ungesteuerten Zugangs von Asylbewerbern eingefordert hat, schlugen jetzt auch die bayerischen Landkreischefs Alarm.<sup>1</sup> Unterkünfte, Schulen und Kitas seien voll. Die Landräte wollen keine Asylbewerber mehr aufnehmen, die keine Aussicht auf Anerkennung haben. Sie fordern mehr Abschiebungen!

Von Seiten der Landräte kam zudem die Forderung auf, Asylbewerber ohne Chance auf Anerkennung nicht mehr von den Landeserstaufnahmen auf die Kommunen zu verteilen.

800.000 „Flüchtlinge“ sollen noch in diesem Jahr nach Deutschland kommen. Das sagte der Teamleiter für Soziales und Wohnen im Landkreis Potsdam-Mittelmark der B.Z. Berlin. Angeblich stamme diese Prognose aus dem Umkreis des Bundesinnenministeriums.<sup>2</sup>

Auch für die Sekundärmigration hätten die Kreischefs in Brandenburg immer weniger Geduld. Diese sekundären Migrationsbewegungen müsse vom Bund unterbunden werden, u.a., da das Asylsystem (und alle nachgelagerten „Systeme“ wie Kita, Schule, Gesundheit, Wohnungsmarkt) durch die illegalen Immigranten zusätzlich belastet wird.

Folgt man der Zuweisung gemäß dem Königsteiner Schlüssel, wären 800.000 Personen bundesweit gleichbedeutend mit ca. 160.000 Personen für NRW. Selbst mit einer theoretischen Abschiebung aller ausreisepflichtigen Personen (ca. 75.000) ließe sich dieser Zuwachs nicht auffangen. Da auch die NRW-Kommunen bereits am Limit sind und eine Aufstockung der Landeseinrichtungen in diesem Umfang unmöglich erscheint, würde NRW gemäß dieser Prognose – vorsichtig formuliert – vor unlösbare Probleme gestellt.

Von Seiten der Grünen kamen in diesem Zusammenhang erneut wenig hilfreiche Forderungen. So forderte Belit Onay, Oberbürgermeister von Hannover, in der WELT, dass die akute Belastungssituation der Kommunen nicht dazu führen dürfe, dass eine „zeitgemäße und moderne“ Zuwanderungspolitik diskreditiert wird. Deutschland bräuchte mehr Migration von Menschen aus Drittstaaten, die sich hier niederlassen wollen – allein schon aus

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.Bz-berlin.de/brandenburg/landraete-fordern-fluechtlings-stopp>

<sup>2</sup> Vgl. <https://www.TichysEinblick.de/dailies-sentinals/landraete-brandenburg-zuwanderung-forderung/>

wirtschaftlichen und demografischen Gesichtspunkten. Das sei mit bessere Integrationsangeboten für Geflüchtete zu verbinden. Auch Familienzusammenführungen dürften nicht an mangelnden Kapazitäten der Kommunen scheitern.<sup>3</sup> Hier stellt sich dem irritierten Betrachter die Frage nach der Definition von „zeitgemäß und modern“.

Wie das ZDF berichtet, kam jetzt auch vom NRW-Ministerpräsidenten, Hendrik Wüst, die Warnung vor einer Überlastung der Kommunen. Länder und Kommunen hätten die Grenze der Belastung bald erreicht.<sup>4</sup> Zur Lösung des Problems forderte er insbesondere zusätzlich finanzielle Mittel des Bundes sowie die Nutzung weiterer bundeseigener Liegenschaften. Es geht folglich nur darum, das Problem besser zu verteilen. Dabei sind die praktischen Auswirkungen in den Kommunen gering. Auch wenn die Unterbringung in Landeseinrichtungen erfolgt, kommen auf die Kommunen weitere Belastungen zu. Unter rein finanziellen Gesichtspunkten ist es zudem für den Steuerzahler eher irrelevant, aus welchem Haushalt die Mittel am Ende kommen.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Inwiefern ist der Landesregierung die Prognose der Bundesregierung von 800.000 bzw. auf NRW bezogen ca. 160.000 weiteren Asylbewerbern/Ukraine-Flüchtlingen im Jahr 2023 bekannt?
2. Wann soll die angekündigte Rückführungsoffensive der Landesregierung starten?
3. In welcher Form setzt sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür ein, den weiteren unregelmäßigen Zustrom, insbesondere über die sogenannte Westbalkanroute, endlich so weit wie möglich zu stoppen?
4. Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund der angespannten Lage in den Kommunen die Möglichkeit, Asylbewerber ohne Chance auf Anerkennung generell nicht mehr von den Landeserstaufnahmen auf die Kommunen zu verteilen?
5. Welche weiteren Möglichkeiten sieht die Landesregierung für eine spürbare Entlastung der Kommunen bei der Unterbringung von Asylsuchenden und Ukraine-Flüchtlingen, um einen drohenden Unterbringungs-Kollaps zu verhindern?

Enxhi Seli-Zacharias

---

<sup>3</sup> Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/p/10689/Gruenen-Forderungen-an-Faer-Anhaltende-Flucht-bewegungen-und-Zuwanderung-sind-keine-Ausnahmen-mehr.html>

<sup>4</sup> Vgl. [https://www.welt.de/news/ticker/dpa\\_nt/info\\_line\\_nt/Politik/Inland\\_/article243600895/Wuest-warnt-vor-ueberlastung-durch-fluechtlinge.html](https://www.welt.de/news/ticker/dpa_nt/info_line_nt/Politik/Inland_/article243600895/Wuest-warnt-vor-ueberlastung-durch-fluechtlinge.html)